

Im Folgenden wollen wir unsere Kritik an einigen Punkten der Ergänzung des Statements der GG/BO-Soligruppe Jena offenlegen. Wir erkennen darin Reflexe wieder, die leider keine Seltenheit sind: Betroffenen-Perspektiven werden zunehmend marginalisiert, Argumenten von Täterschützern wird Raum gegeben, Verantwortung wird falsch adressiert. Aufarbeitung bedeutet auch, sich dieser Muster bewusst zu werden und an ihrem Abbau zu arbeiten.

- Wir finden es problematisch, der Darstellung der „Saalfelder Genossen“, welche eindeutig eine Ausrede ist (und zudem nicht mal eine gute), Verständnis entgegenzubringen und Raum zu geben (ihr widmet einen Großteil eurer "Ergänzung" ausschließlich der Perspektive von Täterschützern). Außerdem ist es egal, wie viel Zeit diese dort waren, wenn doch das Problem darin besteht, dass sie dort waren.
- Täter und ihr Umfeld sollten unserer Meinung nach eine „Bitte, möglicherweise fernzubleiben“ im Zweifel als Grund, nicht zu kommen, verstehen. Die 'Prüfung' und Interpretation von Formulierungen ist nicht eure Aufgabe (insbesondere wenn FLINTA vor Ort darum bitten, fernzubleiben bzw. zu gehen).
- Wie kommt ihr dazu, „Rehabilitation“ als Zielstellung parallel zur Aufarbeitung zu formulieren, ohne dass letztere bisher überhaupt intensiv umgesetzt wurde? Für uns schwingt dabei der Wunsch nach der Rückkehr zu einem 'Normalzustand' und erneut Täterzentriertheit mit.
- Die Forderungen der Saalfelder Genoss*innen gehen sehr wohl über "die Rede von 'Reflektiert euch'" hinaus. Die Anerkennung der Erfahrung der Betroffenen, die Distanzierung von den Tätern, die Verantwortungsübernahme für politische Räume und Entwicklung von Handlungsstrategien werden in einem Update des Outcalls (Dezember 2020) klar als Forderungen formuliert.
- Wir finden es jedoch fragwürdig, mit einer Forderungshaltung an die Betroffenen heranzutreten. Sofern es keine konkreteren Forderungen gibt, liegt es in unserer Verantwortung, selbständig Konsequenzen zu ziehen (und dazu bereit zu sein, diese zurückzunehmen/anzupassen, wenn es Widerspruch durch Betroffene gibt). Wir wiederholen uns und stellen noch einmal klar: Es ist nicht die Aufgabe von Betroffenen für Aufarbeitung zu sorgen, sondern unsere!

Zusammenfassend fragen wir uns, inwiefern es sich wirklich um eine "Ergänzung" des ursprünglichen Soli-Statements handelt. Denn die Solidarität mit den Betroffenen scheint doch stark hinter das Rechtfertigungsbedürfnis des Verhaltens der „Jungs aus Saalfeld“, wie ihr sie nennt, zurückzutreten. "Im Sinne aller Beteiligten" sollte nicht die Devise sein, wenn es doch gerade um die Solidarisierung mit den Betroffenen geht.

Dass in der Auseinandersetzung mit Übergriffen der Fokus immer wieder auf Tätern und ihrem Umfeld liegt, dass Perspektiven und Forderungen von Betroffenen immer weiter in den Hintergrund rücken und offensichtlich nicht wahrgenommen werden, ist Teil des Problems!